



BESCHLUSSVORLAGE

SG 10

Tagesordnungspunkt: 1

**Personalwesen;
Organisationsuntersuchung im Jugendamt; Vorstellung der
Ergebnisse**

Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.07.2010

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Harald Wirth

Zi.Nr.: 102

Tel. 08122/58-1110
harald.wirth@lra-ed.de

Erding, 01.07.2010
Az.:

öffentliche Sitzung

Vorlagebericht: siehe Rückseite

Anmerkungen zu den finanziellen Auswirkungen:

Beschlussvorschlag:

Die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung im Jugendamt werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Vorlagebericht:



LANDKREIS
ERDING

Der Landkreis Erding ist vom Altersdurchschnitt einer der jüngsten Landkreise Bayerns und verfügt über eine große Anzahl von Kinder und Jugendlichen. Weiterhin deuten alle Zukunftsprognosen darauf hin, dass der Landkreis Erding auch in Zukunft ein starkes Bevölkerungswachstum (insbesondere durch den Zuzug junger Familien) verzeichnen kann.

Das Jugendamt Erding registriert trotz intensiver Präventionsarbeit (eigenes Angebot durch Erziehungsberatungsstelle des Landkreises wie z.B. „Schreibbabyambulanz“, „Sichere Ausbildung für Eltern“ (SAFE)) vor allem in jüngster Zeit enorme Kostensteigerungen in fast allen Bereichen der Jugendhilfe. Gleichzeitig werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ständig zunehmenden Fallzahlen immer höheren Belastungen ausgesetzt. Auch diverse Änderungen und Verschärfung der Gesetzgebung (Einführung des § 8a SGB VIII bei Kindswohlgefährdung), ausgelöst von Misshandlungs- und Vernachlässigungsfällen, haben den Aufgabenbereich der Jugendämter stark erweitert.

Dieser Entwicklung hat der Landkreis Erding bereits im Frühjahr 2009 Rechnung getragen und, zunächst befristet für 1 Jahr, 2 Sozialpädagoginnen eingestellt sowie die Koordinierende Kinderschutzstelle (KOKI) geschaffen. Um jedoch eine zukunftsorientierte und belastbare Grundlage für weitere Planungen im Jugendhilfebereich zu haben, wurde Anfang 2009 der Auftrag für eine umfassende Organisationsuntersuchung erteilt.

Ziel war es, Abläufe, Strukturen und Prozesse zu beleuchten um mögliches Verbesserungspotential zu ermitteln und in der Folge, soweit möglich, eine Kostenexplosion zu verhindern.

Den Zuschlag zur Durchführung dieser Untersuchung erhielt, nach Abfrage diverser Angebote und persönlicher Vorstellungen der angeschriebenen Unternehmen, das Institut für Sozialplanung und Organisationsentwicklung e.V. (INSO) mit Sitz in Essen bzw. Bernried, das bereits im Jugendamt Bremen im Nachgang zum „Fall Kevin“ tätig war. Vor Ort wurde das Projekt von Herrn Szlapka betreut.

Die Ergebnisse wurden bereits im Kreisausschuss sowie im Kreistag vorgestellt.